

**Kleine Anfrage****Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten)****Übergriffe auf Justizvollzugsbedienstete****Vorbemerkung:**

Bedienstete des Justizvollzugs sind im Rahmen ihrer Tätigkeit einem erhöhten Risiko körperlicher und psychischer Gewalt durch Gefangene ausgesetzt. Nach früheren Angaben des Justizministers hat die Gewalt von Inhaftierten gegen Justizvollzugsbeamte in Hessen seit 2019 insgesamt zugenommen, wobei allein von Januar bis August 2025 insgesamt 28 Verdachtsfälle vorsätzlicher Körperverletzung zum Nachteil von Bediensteten registriert wurden. Auch andere Bundesländer wie Berlin und Nordrhein-Westfalen verzeichnen einen Anstieg entsprechender Vorfälle, wobei dort neben der reinen Fallzahl auch die Anzahl verletzter Bediensteter sowie die Schwere der Verletzungen – etwa gemessen in Dienstunfähigkeitstagen – erfasst werden. Um die tatsächliche Sicherheitslage der Bediensteten in Hessen und die Entwicklung über die Zeit umfassend beurteilen zu können, bedarf es einer differenzierten Aufschlüsselung nach Häufigkeit, Art und Intensität der Verletzungen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Übergriffe auf Bedienstete der hessischen Justizvollzugsanstalten wurden in den vergangenen fünf Jahren jeweils pro Jahr registriert, aufgeschlüsselt nach Anstalt?
2. Wie viele der Übergriffe führten zu Verletzungen der betroffenen Bediensteten?
3. Welche Arten von Verletzungen wurden bei den betroffenen Bediensteten im Einzelnen dokumentiert (z. B. Schürf- und Prellwunden, Bissverletzungen, Knochenbrüche, Verletzungen durch Gegenstände, psychische Folgeschäden)?
4. Wie viele Tage der Dienstunfähigkeit sind in den vergangenen fünf Jahren infolge von Übergriffen auf Bedienstete insgesamt angefallen, jeweils aufgeschlüsselt nach Jahr?
5. Wie hat sich die Intensität der Übergriffe – etwa gemessen an der Schwere der Verletzungen oder der Anzahl der Dienstunfähigkeitstage – im Verhältnis zu den vergangenen Jahren verändert?
6. In wie vielen Fällen wurde nach einem Übergriff auf Bedienstete Strafanzeige erstattet?
7. Wie viele dieser Verfahren führten zu einer Verurteilung?
8. Welche Ursachen sieht die Landesregierung für die Entwicklung der Häufigkeit und Intensität von Übergriffen auf Bedienstete im hessischen Justizvollzug?
9. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um Bedienstete besser vor Übergriffen zu schützen und die Folgen von Verletzungen für die Betroffenen abzumildern?
10. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass Angestellte, die auf Station Übergriffen ausgesetzt waren und dadurch etwa gesundheitliche Beeinträchtigungen oder Fehlzeiten aufweisen, hierdurch keine Nachteile bei der Entscheidung über ihre Verbeamtung erfahren?

Wiesbaden, den 06.08.2026**Marion Schardt-Sauer**